

Hauptstadtregion Schweiz

Chancen und Möglichkeiten für ein Politzentrum aus wirtschaftsgeographischer Sicht

Heike Mayer, Fabian Bauer

Einleitung

Bern ist keine Global City, dafür aber die Bundesstadt der Schweiz. Damit zählt Bern zu einem besonderen Städtetyp, nämlich dem der Hauptstädte. Obwohl Bern gemäss der Bundesverfassung nur als Bundesstadt gilt und somit lediglich Sitz der Bundesbehörden ist (Holenstein 2013), erfüllt Bern als Ort doch wichtige Hauptstadtfunktionen. Deshalb wird im vorliegenden Kapitel Bern zur Kategorie der Hauptstädte gezählt. Als Politzentren ihrer Länder, bieten Hauptstädte eine Plattform für die politische und gesellschaftliche Entscheidungsfindung. Sie sind Dreh- und Angelpunkte der nationalen Politik und unterscheiden sich von anderen Städtetypen insbesondere in ihrer wirtschaftlichen Struktur und in ihrem Wertschöpfungssystem.

Bern gehört zu den sogenannten politischen Hauptstädten (Hall 2006). Politische Hauptstädte haben eine weniger traditionsreiche Geschichte als Polit- und Wirtschaftszentren als die sogenannten multifunktionalen oder globalen Hauptstädte wie London, Paris, Moskau oder Tokio. Letztere erfüllen nicht nur die Funktion eines Politzentrums, sondern nehmen

auch eine wichtige nationale und internationale Rolle ein. Politische Hauptstädte wie Bern zeichnen sich durch eine weniger differenzierte sowie eine weniger international ausgerichtete Wirtschaftsstruktur und eine relativ hohe Abhängigkeit von der öffentlichen Verwaltung aus (Mayer 2013). Sie gehören nicht zu den wichtigsten wirtschaftlichen Zentren ihrer Länder und können deshalb auch als sekundäre Hauptstädte bezeichnet werden. Gerade deshalb eignen sich politische Hauptstädte wie Bern, Washington D.C., Ottawa oder Den Haag für eine wirtschaftsgeographische Analyse, da sich in ihnen die Hauptstadtfunktionen, die aus den Interaktionen zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft entstehen, besonders gut untersuchen lassen. Darüber hinaus engagieren sich diese Städte vermehrt in der strategischen Förderung ihrer Politzentrumsfunktionen.

Die Frage nach der wirtschaftlichen Funktion und Rolle eines sekundären Politzentrums stellte sich in Bern vor einigen Jahren als das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) einen ersten Entwurf für das Raumkonzept Schweiz veröffentlichte (Bundesamt Raumentwicklung 2012). Dieses Raumkonzept Schweiz illustrierte die wirtschaftliche Bedeutung der drei Metropolitanräume Zürich, Basel und Genf-Lausanne für die nationale Wettbewerbsfähigkeit. Bern hingegen wurde in diesem Raumkonzept in die zweite Reihe der schweizerischen Städte eingeordnet, was den Berner Entscheidungsträgern und Politikern nicht gefiel. Infolgedessen wurde der Verein Hauptstadtregion Schweiz gegründet, welcher erfolgreich für die Aufnahme der Hauptstadtregion Schweiz als neue Kategorie in das Raumkonzept Schweiz lobbyierte. Seither tritt der Verein für die Belange der Hauptstadtregion ein und ist an einer vertieften Analyse der wirtschaftlichen Strukturen interessiert. 2011 wurde die Gruppe Wirtschaftsgeographie und Regionalforschung am Geographischen Institut der Universität Bern damit beauftragt, das Wertschöpfungssystem der Hauptstadtregion Schweiz zu untersuchen und Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Aufbauend auf den Forschungserfahrungen in Washington D.C., forscht die Gruppe Wirtschaftsgeographie des Geographischen Institutes seither zur wirtschaftlichen Rolle und Funktion von Hauptstädten.

Die Berner Forschungsarbeiten fallen auf einen fruchtbaren Boden, da durch die Diskussionen rund um das Raumkonzept Schweiz Fragen zur Rolle und Funktion der Hauptstadtregion aufgeworfen wurden. Zwar hat sich bisher die Wirtschaftsgeographie nur in einem beschränkten Mass mit der Hauptstadtproblematik befasst, doch Disziplinen wie die Architektur und die Stadtplanung bieten eine breite Palette an Studien zu Fragen der Repräsentation von nationaler Identität und politischer Macht im

städtebaulichen Entwurf und in der Morphologie einer Hauptstadt (Clark/ Lepetit 1996; Cochrane 2006; Gordon 2006; Hall 2010; Sonne 2003). In der wirtschaftsgeographischen Forschung wurden Hauptstädte eher vernachlässigt und gerieten durch die Fokussierung auf *Global* oder *World Cities* (Sassen 1991; Taylor 2003) in Vergessenheit. Einige Autoren haben sich in den vergangenen Jahren allerdings mit der Frage nach den wirtschaftlichen Strukturen einer Hauptstadt befasst. Anhand von Fallstudien, insbesondere zu Washington D.C., wurden vor allem die Beziehungen und Interaktionen von politischen und wirtschaftlichen Akteuren untersucht (Abbott 1999; Gerhard 2007; Markusen/ Hall 1991; Mayer/ Cowell 2014). Dieser Fokus ist vielversprechend, da er mit der neueren Literatur zu den sogenannten ‚Knowledge-Intensive Business Services‘ (KIBS) verknüpft werden kann. KIBS sind wissensintensive Dienstleistungsbetriebe, die auf die Nähe zu ihren Kunden angewiesen sind und die vor allem in urbanen Räumen eine wichtige Rolle in der Wirtschaftsentwicklung spielen, indem sie Wissen zwischen Branchen und Regionen vermitteln (Muller/ Zenker 2001; Simmie/ Strambach 2006). Neben den *Global* und *World Cities* sind auch Hauptstädte wichtige Standorte für KIBS insbesondere im Bereich der verwaltungsnahen Dienstleistungen, Lobbying, sowie Öffentlichkeits- und Medienarbeit (Reuter 2001). Diese Branchen profitieren von einer engen Verknüpfung und Interaktion mit der Verwaltung und Politik als Auftraggeber. Die Hauptstadtforschung kann einen wichtigen Beitrag zu Fragen zur Rolle von KIBS im Innovationssystem der Verwaltung liefern, indem sie die Bedeutung von Nähe und Distanz in der Generierung von Wissen und Innovation (Boschma 2005) untersucht.

Im Folgenden werden die Ergebnisse zweier Forschungsprojekte vorgestellt. Um einen Einblick in die Struktur der Hauptstadtregion Schweiz zu geben, werden zuerst die Hintergründe und Motive für die Gründung des Vereins beleuchtet. Im Anschluss soll das Wertschöpfungssystem der Hauptstadtregion Schweiz beschrieben werden, um quantitative und qualitative Aussagen über die Grösse und Funktionsweise der Region als Politzentrum machen zu können. Im vierten Teil des Kapitels stellen wir Fallstudien vergleichbarer Politzentren vor. Die Analysen von Bonn, Berlin, Washington D.C. und Ottawa zeigen, dass Hauptstädte eine besondere Wirtschaftsstruktur mit unterschiedlichen Akteuren ausweisen und dass Wirtschaftsförderer diese Struktur als regionalen Vorteil in unterschiedlicher Weise bewirtschaften. Abschliessend gehen wir auf die Chancen und Möglichkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung der Hauptstadtregion Schweiz ein und bieten einen Ausblick auf die Herausforderungen für die Praxis und die Forschung.

Die Hauptstadtregion Schweiz formiert sich

Am 21. August 2008 hat das Bundesamt für Raumentwicklung den Entwurf eines neuen Raumkonzepts für die Schweiz vorgestellt. Damit sollte die Raumentwicklung in der Schweiz stärker auf strategische Ziele ausgerichtet und die Koordination in der Raumplanung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden verbessert werden. In diesem Konzept wird die Schweiz in verschiedene Handlungsräume aufgeteilt und für jeden dieser Handlungsräume werden spezifische Ziele für deren Entwicklung definiert. Die urbanen Räume der Schweiz sind im Entwurf in ‚Metropolitanräume‘ und ‚Städtenetze‘ unterteilt. Der Grossraum Bern wurde im Konzept von 2008 als ‚Hauptstadtregion‘ Bern der zweiten Kategorie, den Städtenetzen, zugeordnet, während einzig die Räume Zürich, Genf-Lausanne (Arc lémanique) und Basel als Metropolitanräume klassifiziert wurden. Als die ersten Entwürfe publik wurden, erfolgte ein grosser Aufschrei in den Berner Medien und der Politik (von Bergen/ Steiner 2012), da die Befürchtung bestand, dass dieses Konzept in Zukunft eine Rolle bei der Finanzmittelverteilung spielen wird und Bern damit benachteiligt würde. Die Debatte um die Rolle Berns in der Raumentwicklung der Schweiz zeigt auf, dass Bern laut Definition nicht als Metropolitanraum klassifiziert werden kann, da beispielsweise ein bedeutender Flughafen fehlt, um eine Gateway-Funktion wahrzunehmen (Steiner 2009). Bern als Agglomeration ist zudem um einiges kleiner als die Agglomerationen Zürich, Genf und Basel.

Der Entwurf des Raumkonzepts Schweiz von 2008 zeigte seine Wirkung in Bern. Im folgenden Jahr begann der Kanton zusammen mit der Stadt Bern zu kämpfen für den Einbezug der Hauptstadtregion in die erste Liga der Städte der Schweiz, die Gruppe der Metropolitanräume. Um die Bedeutung des Grossraums Bern aufzuzeigen, beriefen sich Stadt und Kanton Bern unter anderem auf die Rolle Berns als Bundesstadt und als Schnittstelle zwischen der deutsch- und französischsprachigen Schweiz. Als Folge haben sich die Kantone Bern, Fribourg, Neuenburg, Solothurn und Wallis mit zahlreichen Städten und Regionen zum Verein ‚Hauptstadtregion Schweiz‘ zusammengeschlossen. Die Akteure im Verein Hauptstadtregion setzten sich dann auch erfolgreich ein für die Rangierung der Hauptstadtregion Schweiz auf Augenhöhe mit den Metropolitanräumen und für die Annahme der sogenannten 3+1-Formel: 3 Metropolitanräume und 1 Hauptstadtregion. Durch die Diskussion über die Rolle der Grossregion Bern im Raumkonzept Schweiz konnte der Bund unterschiedliche Akteure zu einer freiwilligen Zusammenarbeit bewegen.

Abb. 1: Bundeshaus in Bern



Bild: Heike Mayer

Der neu gegründete Verein Hauptstadtregion Schweiz verfolgt drei Ziele: die Stärkung der gemeinsamen Identität, das Schärfen des wirtschaftlichen Profils und die Verankerung der Region als nationales Zentrum für Politik und Verwaltung. Die Zusammenarbeit erfolgt projektbasiert, wobei bei jedem Projekt die Mitglieder selber bestimmen, ob sie daran teilnehmen wollen oder nicht. Damit wird dem Problem der heterogenen Zusammensetzung des Vereins entgegengewirkt. Ob das Konstrukt Hauptstadtregion Schweiz erfolgreich sein wird, kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden, da sich der Verein immer noch in der Aufbauphase befindet. Erste Projekte wurden lanciert und teilweise bereits abgeschlossen. In dieser ersten Phase sollen Potenziale, die durch die Präsenz von Politik und Verwaltung entstehen, stärker in Wert gesetzt werden. Damit entsprechende Massnahmen beschlossen werden können, braucht es jedoch fundiertes Grundlagenwissen über das Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und der Privatwirtschaft. Die Studien, die im Folgenden vorgestellt werden, dienen dem Verein als Grundlage und sollen das Verständnis für hauptstadtspezifische Wertschöpfungssysteme sowohl in der Schweiz wie in weiteren föderalistisch geprägten Ländern verbessern.

Das Wertschöpfungssystem der Hauptstadtregion Schweiz

Im Rahmen einer Studie, die 2011 und 2012 im Auftrag der Hauptstadtregion Schweiz durchgeführt wurde, untersuchte die Gruppe Wirtschaftsgeographie des Geographischen Instituts der Universität Bern zusammen mit dem Institut für Tourismus der Fachhochschule Westschweiz/Wallis das Wertschöpfungssystem der Hauptstadtregion Schweiz. Anhand einer quantitativen und qualitativen Analyse wurden einerseits die Wertschöpfung der Hauptstadtfunktion ‚Verwaltung‘ ermittelt und andererseits die Zusammenarbeit zwischen ausgewählten privatwirtschaftlichen Sektoren und der öffentlichen Verwaltung untersucht (Mayer/ Bauer 2012; Mayer/ Haisch 2012; Mayer/ Schnyder 2012; Schnyder/ Doctor/ Vogel 2011). Ziel der Studie war es, Anhaltspunkte über die wirtschaftlichen Funktionen einer Hauptstadtregion und die Wertschöpfung eines Politzentrums zu ermitteln.

In der quantitativen Analyse ging es primär darum, mittels einer Kaufkraftanalyse verschiedene Wertschöpfungsindikatoren in ausgewählten Teilräumen der Hauptstadtregion Schweiz zu erfassen. Als Teilräume wurden die Kantone Freiburg sowie Wallis gewählt. Es wurden die Einkommens-, Beschäftigungs- und Steuereffekte ermittelt, die aufgrund der

Hauptstadtfunktion Verwaltung in diesen Kantonen entstehen. Als Referenz wurde der Kanton Bern und die gesamte Schweiz gewählt. Zu erwähnen ist, dass der Einbezug der gesamten Kantone in der Analyse zu einer Verwässerung der Wertschöpfungsergebnisse führt, da Teilräume dieser Kantone, wie der Bezirk Vivisbach im Kanton Freiburg oder das Unterwallis, auf andere Metropolitanräume wie den Arc lémanique ausgerichtet sind. Aufgrund der Datenlagen und der limitierten Ressourcen für die Studie war allerdings eine geographisch differenzierte Erhebung nicht möglich.

Die Ergebnisse zeigen, dass die bundesstadtspezifische Wertschöpfung in der gesamten Schweiz bei fast 4 Milliarden Franken liegt. Dies entspricht rund 0.74 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP). Betrachtet man allerdings den Kanton Bern, so wird deutlich dass die Hauptstadtfunktion einen erheblich höheren, wenn auch nicht beträchtlichen, Anteil am BIP trägt. Im Kanton Bern beträgt die bundesstadtspezifische Wertschöpfung 812,6 Millionen Franken, was einem Anteil von 1,27 Prozent am BIP ausmacht. Im Kanton Freiburg entsteht eine Wertschöpfung von rund 111,3 Millionen Franken, während im Kanton Wallis die Wertschöpfung rund 30,6 Millionen Franken beträgt. Die grösste Wertschöpfung entsteht also im Kanton Bern, was damit zu erklären ist, dass die wichtigsten Hauptstadtfunktionen, vor allem im Hinblick auf die Interaktion zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft, dort lokalisiert sind und sich räumliche Nähe in der Zusammenarbeit zwischen diesen drei Akteuren vorteilhaft auswirkt.

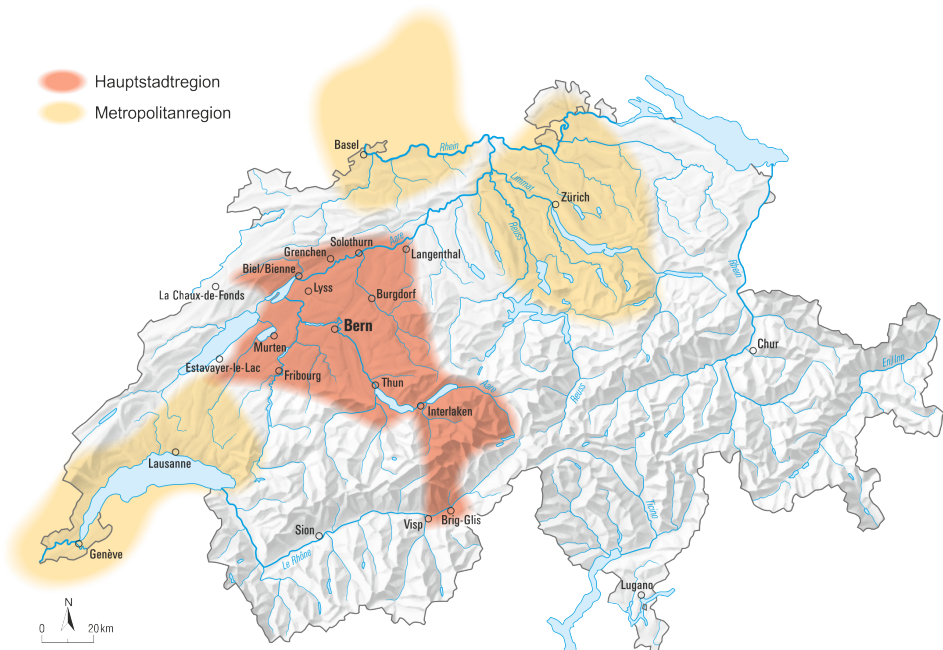
Die Kantone Freiburg und Wallis profitieren vor allem von sogenannten Konsumeffekten, also über die Löhne und resultierenden Konsumausgaben der Bundesangestellten, die in diesen Teilräumen wohnen. Der Kanton Freiburg generiert pro Einwohner rund 571 Franken aufgrund der hauptstadtspezifischen Wertschöpfung. Im Kanton Wallis sind es immerhin noch 134 Franken pro Einwohner. Der Kanton Bern führt die Liste an mit rund 1'219 Franken pro Einwohner.

Interessant ist, dass bei den relativen Werten – den Werten pro Einwohner oder in % des regionalen BIP beziehungsweise in % der Gesamtbeschäftigung – der Kanton Freiburg bei den Beschaffungsausgaben und dem regionalen Einkommenseffekt unterhalb des jeweiligen schweizerischen Referenzwerts liegt, hingegen oberhalb bei der induzierten Beschäftigung und den direkten Steuereffekten. Der Kanton Wallis liegt im Unterschied zu Freiburg in allen Indikatoren jeweils unterhalb der Schweizer Referenzwerte.

Insgesamt deutet die quantitative Analyse des Wertschöpfungssystems auf die zentrale Bedeutung der Bundesstadt Bern. Die Teilräume

der Hauptstadtregion, hier dargestellt an den Beispielen Freiburg und Oberwallis, profitieren vor allem über Konsumeffekte von den Hauptstadtfunktionen. Zentrale Effekte wie jene wirtschaftlichen Effekte, die durch die Beschaffungsausgaben des Bundes entstehen, konzentrieren sich allerdings im Politzentrum.

Abb. 2: Hauptstadtregion Bern



Kartographie: Alexander Herrmann

Wie genau Interaktionen zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft funktionieren, war die zweite Frage, die über diese Studie beantwortet wurde. Anhang einer qualitativen Untersuchung im Rahmen von Fokusgruppen-Interviews wurden wichtige Akteure aus den folgenden drei Wirtschaftssektoren befragt, aus verwaltungsnahen Dienstleistungen, aus Verbände/ Lobby-Büros/ zwischenstaatliche Organisationen/ NGOs und aus Informatik und Telekommunikation. In den Fokusgruppen wurden unterschiedliche wirtschaftliche Aspekte eines Politzentrums ange-

sprochen. Die Teilnehmenden diskutierten die Rolle und Funktion der Hauptstadtregion Schweiz als Polit- und Verwaltungszentrum und als Standort für ihre Betriebe. Ausserdem beschrieben sie die Interaktionen mit den Akteuren in Wertschöpfungssystem eines Politzentrums. Weiter wurden positive und negative Standortfaktoren diskutiert und Handlungsempfehlungen erörtert. Die Fokusgruppen-Interviews stellten sich als passende Methode heraus, da durch die Interaktion verschiedener Experten aus der Privatwirtschaft und aus der Bundesverwaltung die verschiedenen Facetten eines Wertschöpfungssystems aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden konnten.

Die Ergebnisse der Fokusgruppen-Interviews lassen auf interessante Aspekte des Wertschöpfungssystems schliessen. Alle drei Sektoren erfüllen wichtige Aufgaben in einem Politzentrum. Verwaltungsnahe Dienstleistungsbetriebe werden von der Bundesverwaltung für die Erstellung von Studien, Evaluationen und anderen Service-Leistungen beauftragt. Die Bundesverwaltung ist auf die Branche der verwaltungsnahen Dienstleistungen wegen Ressourcen- und Zeitmangel, fehlendem Know-How sowie aus Legitimitätsgründen angewiesen. Die Branche der Lobby-Büros, Verbände, zwischenstaatlichen Organisationen und NGO's nimmt eine Vermittlerrolle zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft ein. Die Informatik- und Telekommunikationsbranche spezialisiert sich auf technologieintensive Produkte und Dienstleistungen und beliefert nicht nur die Verwaltung, sondern auch die regierungsnahen Betriebe.

Die drei Sektoren unterscheiden sich im Hinblick auf die Notwendigkeit der Nähe zur Politik und Verwaltung. In den Fokusgruppen wurde deutlich, dass die verwaltungsnahen Dienstleistungen auf eine situative räumliche Nähe zu den Auftraggebern, insbesondere die Bundesverwaltung, angewiesen sind. Diese Nähe wird vorab durch geplante Sitzungen und Workshops, die meistens in Bern stattfinden, hergestellt. Die Firmen müssen nicht in Bern ansässig sein und können auch aus der Distanz ihren Aufgaben nachkommen. Die meisten Aufträge in dieser Branche werden mit variablen Projektpartnern aus der ganzen Schweiz erfüllt. Für Verbände, Lobby-Büros und NGOs ist die Nähe zur Politik und sekundär zur Verwaltung absolut entscheidend. Wichtig sind zufällige Interaktionen, die über Netzwerke und Kontakte aufgebaut werden. Allerdings arbeiten Teile dieses Sektors auch eng mit den Medien und Verbänden in Zürich zusammen und haben in Bern nur eine kleine Zweigstelle. Für die Informatik- und Telekommunikationsbranche ist die Nähe zu den Auftraggebern, zu Partnern und Konkurrenten und zu den Bildungs- und Forschungsinstitutionen von Bedeutung.

Die Fokusgruppenteilnehmer waren sich über eine Vielzahl von positiven und negativen Standortfaktoren einig: Bern ist innerhalb der Schweiz sehr gut erschlossen. Die Lebensqualität wurde von allen Gruppen für die gesamte Hauptstadtregion als sehr hoch eingeschätzt. Vertreter der verwaltungsnahen Dienstleistungen und der Verbände, Lobby-Büros, zwischenstaatliche Organisationen, NGOs waren sich auch einig, dass in Bern gut ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Betriebe im verwaltungsnahen Dienstleistungssektor sehen auch in der Nähe zum frankophonen Sprachraum einen Vorteil für die Hauptstadtregion, da diese eine ‚Brücke‘ oder ein ‚Tor‘ zur Westschweiz darstellt. Vertreter der Informatik und Telekommunikation sahen im Fachkräftemangel und in der fehlenden Dynamik neuer Unternehmensgründungen einen entscheidenden Standortnachteil. In allen drei Fokusgruppen wurde zudem die hohe Steuerbelastung für natürliche Personen in Bern als Standortnachteil genannt. Des Weiteren beklagten sich die Fokusgruppenteilnehmer über das träge Image von Bern.

Die Fokusgruppen-Interviews gaben auch Aufschluss über die Verteilung der wertschöpfenden Hauptstadtfunktionen. Alle Teilnehmenden waren sich einig, dass diese Funktionen auf die ganze Schweiz verteilt sind. Die Bundesstadt Bern fungiert in einem polyzentralen System als Drehscheibe oder Schnittstelle im Zusammenspiel von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Wichtige Akteure des Politsystems wie die Medien können allerdings auch von anderen Standorten in der Schweiz, im Fall der Medien von Zürich aus operieren. Berns zentrale Lage innerhalb der Schweiz ist somit ideal für eine solche polyzentrale Verteilung wichtiger Hauptstadtfunktionen. Somit bündelt Bern viele Hauptstadtfunktionen, vor allem hinsichtlich den Interaktionen zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Die Bundesstadt stellt aber auch funktionale Verknüpfungen zu anderen Metropolräumen her, indem viele Firmen, die mit dem Bund zusammenarbeiten, Schweiz weit arbeiten, aber nicht unbedingt auf einen Firmenstandort in der Hauptstadtregion angewiesen sind.

Vergleich mit anderen Hauptstädten: Bonn, Berlin, Ottawa, Washington D.C.

Hauptstädte unterscheiden sich von anderen Städtetypen durch die Anwesenheit der Regierung, des Parlaments und in den meisten Fällen der Verwaltung. Dies hat direkte Auswirkungen auf die Städte und ihr Wertschöpfungssystem. Der Vergleich von verschiedenen Hauptstädten

ermöglicht es, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu analysieren. Die vorliegenden Fallbeispiele illustrieren die sogenannten sekundären Hauptstädte (Secondary Capital Cities), die eine wichtige politische Rolle in ihrem Land ausfüllen, aber nicht zugleich das primäre Wirtschaftszentrum ihrer Volkswirtschaft sind. Diese Art von Hauptstadt ist primär in föderalistisch geprägten Ländern zu finden.

Bonn

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands entschied der Deutsche Bundestag im Jahr 1991 das Parlament und Teile der Hauptstadtfunktionen nach Berlin zu verlagern. Bonn erhielt den Status Bundesstadt und Ziel ist es, die Funktion als Politzentrum zu erhalten. Das Berlin-Bonn-Gesetz von 1994 legt eine dauerhafte Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn fest. Heute haben noch sechs Bundesministerien ihren Hauptsitz in Bonn. Zudem haben diejenigen Ministerien mit erstem Dienstsitz in Berlin einen zweiten Dienstsitz in Bonn. Im Zuge der Verlagerung entwickelte Bonn eine Strategie, die bis heute als Grundlage für die Bewältigung des Strukturwandels gilt. Diese Strategie hat einerseits zum Ziel, Bonn als zweites Politzentrum für Deutschland auszubauen und sieht andererseits vor, weitere Wirtschaftsfelder zu fördern, indem insbesondere Bonn als UNO- und Kongressstadt sowie als Wissenschaftsstandort positioniert wird.

Das Berlin-Bonn-Gesetz sieht vor, dass der grösste Teil der Arbeitsplätze der Bundesministerien in Bonn verbleiben soll. Allerdings zeigt sich heute, dass immer mehr Arbeitsplätze nach Berlin verlagert werden. Von insgesamt 17'877 Arbeitsplätzen sind im Jahr 2011 45,2% in Bonn und 54,8% in Berlin angesiedelt. Bonn verliert also immer mehr Bundesarbeitsplätze. Wirtschaftspolitiker, sowie Stadt- und Regionalentwickler machen sich nun Gedanken über die Zukunft der Bundesstadt (Bundesstadt Bonn, 2012). Der Umzug des Parlaments und wichtiger Ministerien sowie die Kompensationszahlungen in Höhe von rund 1,4 Milliarden Euro trugen zu einer Umorientierung der Bonner Wirtschaftsentwicklungspolitik bei. Man kann feststellen, dass Bonn keineswegs als Verlierer der Wiedervereinigung gilt, sondern sich als Standort positiv entwickelt hat. So ist zum Beispiel die Anzahl der Beschäftigten seit 1999, dem Jahr des Umzugs, von 148'130 auf 158'536 gestiegen und die Bevölkerung ist gewachsen. Die Region zählt ausserdem zu den führenden Dienstleistungs- und Wissenschaftsstandorten in Deutschland.

Die finanzielle und politische Hilfe des Bundes hat der Stadt Bonn geholfen, sich als UNO-Stadt zu entwickeln. Bonn ist heute Standort für 17 UNO-Sekretariate und -Programme im Bereich nachhaltige Entwicklung,

so z.B. das Klimasekretariat, das Sekretariat zur Bekämpfung der Wüstenbildung und das Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen. Darüber hinaus gibt es über 150 Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die zu Themen der nachhaltigen Entwicklung arbeiten. Bis 2004 stellte der Bund mietfreie Liegenschaften zur Verfügung, um internationale Organisationen anzulocken. Inzwischen hat sich aber ein gut funktionierendes Netzwerk von Organisationen, Institutionen und Firmen rund um die UNO-Präsenz entwickelt, so dass sich in jüngster Vergangenheit trotz Wegfalls mietfreier Liegenschaften weitere Organisationen in Bonn angesiedelt haben, weil sie das Potenzial der Vernetzung erkennen und vor Ort geeignete Partner finden. Hilfreich für die Ansiedlung von internationalen Organisationen waren für Bonn auch die internationalen Erfahrungen, die vor der Hauptstadtverlagerung gesammelt werden konnten.

Die finanziellen Mittel des Bundes flossen auch in den Ausbau des Wissenschaftsstandortes Bonn. Die wissenschaftlichen Einrichtungen wie das Fraunhofer Institut für Intelligente Analyse- und Informationssysteme haben dazu beigetragen, dass sich in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler spezialisierte Cluster wie die Geoinformationswirtschaft positiv entwickeln konnten. Weitere wichtige Akteure mit hohen Arbeitsplatzeffekten sind ausserdem die ehemals staatlichen Betriebe Deutsche Post und Telekom.

Berlin

Die Verlagerung der Regierung und des Parlaments von Bonn nach Berlin eignet sich als Fallbeispiel sehr gut, um damit verbundene Wirtschaftseffekte zu betrachten. In Berlin ergaben sich als Folge der Ansiedlung der Hauptstadtfunktionen wirtschaftliche Effekte. Ein direkter Effekt ist durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen der Ministerien oder durch den erhöhten Polizeibedarf für Staatsempfänge entstanden. Die Präsenz der Regierung führte auch dazu, dass sowohl Botschaften, Lobbyisten, einige Verbände und Medien nach Berlin umgezogen sind oder eine Niederlassung eröffnet haben. Zusammen mit den Effekten, die sich durch die Ausgaben dieser Angestellten ergeben, wurden rund 60'000 Stellen geschaffen. Zunächst wurde erwartet, dass private Unternehmen ihre Firmensitz auch nach Berlin verlegen würden. Dies ist bisher jedoch kaum erfolgt. Einen wichtigen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung hatte die Hauptstadtverlagerung auf den Tourismus, der in Berlin regelrecht aufblüht. Die Berichterstattung über Berlin hat aufgrund des Regierungssitzes stark zugenommen, was sich sicherlich positiv auf den Tourismus ausgewirkt hat. Seit der Hauptstadtverlagerung haben sich die Logiernächte mehr als verdoppelt und Berlin ist mittlerweile die dritt-

grösste Destination in Europa. Im Bereich der privaten Kulturökonomie hat sich Berlin ebenfalls gut entwickelt. Auch hier wirkte die Hauptstadtverlagerung verstärkend, indem beispielsweise Medienunternehmen in Berlin zunehmend präsent sind.

Ausseruniversitäre Forschungseinrichtungen prägen neben den grossen Universitäten den Forschungsstandort Berlin. Die Anzahl dieser Institute hat sich in den letzten Jahren stark erhöht; in den meisten Fällen werden sie vom Bund mitfinanziert. Das Land Berlin nutzt diese Einrichtungen in verschiedener Art und Weise. Einerseits werden direkt hochwertige Arbeitsplätze geschaffen und andererseits entstehen hochspezialisierte junge Unternehmen als Spin-Offs. Um diesen Prozess zu verstärken, muss insbesondere der Wissensaustausch gefördert werden. In Berlin wurden dazu Technologieparks, wie in den Quartieren Adlershof oder Buch, umgesetzt. Auf diesen Flächen sind Bildungseinrichtungen, ausseruniversitäre Forschungsinstitute und private Firmen der gleichen Branche räumlich konzentriert. In Adlershof entstand beispielsweise ein Schwerpunkt im Bereich Optik, der durch die entsprechenden Forschungsinstitute gestützt ist und mittlerweile auch Unternehmen anlocken konnte. Diese Entwicklung entstand nicht auf grüner Wiese, sondern hat sich historisch so ergeben, da bereits vor dem Fall der Mauer, wichtige Forschungseinrichtungen der DDR in Adlershof vertreten waren. Eine ähnliche Entwicklung wurde am Standort Berlin-Buch für die Gesundheitswirtschaft verfolgt. Beide Projekte sind sehr erfolgreich und befinden sich weiterhin im Wachstum. Viele Arbeitsplätze konnten insbesondere durch Neugründungen geschaffen werden. Ministerien oder andere Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung haben an diesen Standorten keine Rolle gespielt. Das öffentliche Beschaffungswesen hat in Deutschland wie auch in der Schweiz einen bedeutenden Anteil am nationalen BIP. Das Spektrum reicht je nach Jahr und Quelle und Kennzahl von 5,2% bis 17% (Wegweiser et al. 2010). Der Technologiefokus in der Berliner Wirtschaftsförderung führt dazu, dass neue innovative Firmen entstehen, die durch ihre Innovationskapazität eine hohe Wettbewerbsfähigkeit im Bereich von neuen technologieintensiven Lösungen für den Bund aufweisen. Als bestes Beispiel gilt die Ausschreibung für ein LKW-Maut-System in Deutschland. Das Joint-Venture Tool Collect der Firmen Telekom, Daimler und Coufiroute hat die Ausschreibung gewonnen. Aufgrund des hohen Knowhow im Technologiebereich haben sie den Hauptsitz in Berlin angesiedelt. Das Unternehmen zählt mittlerweile über 500 Mitarbeitende. Aufgrund des Technologiefokus und der Nähe zur Bundesverwaltung besteht in diesem Bereich eine Chance für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung von Berlin.

Washington D.C.

Die Hauptstadt der USA Washington D.C. galt lange Zeit als verschlafene Beamtenstadt. Diese Sichtweise hat sich aber im Zuge der Privatisierung und der Auslagerung wichtiger Bundesaufgaben, die in den 1970er und 1980 Jahren begannen, grundlegend verändert. Seit Mitte der 1980er Jahre sind die Ausgaben der Bundesverwaltung von 32 Milliarden auf 166 Milliarden US-Dollar im Jahr 2008 gestiegen (Greater Washington Initiative 2010). Rund um die Bundesverwaltung hat sich eine Wirtschaftsstruktur entwickelt, deren Akteure eng mit dem öffentlichen Sektor zusammenarbeiten. Zahlreiche Aufgaben der Bundesverwaltung werden inzwischen von spezialisierten Privatfirmen übernommen. 2008 vergab die Bundesverwaltung rund 74,8 Milliarden US-Dollar allein an Firmen in der Washington D.C. Region. Einer Studie aus dem Jahr 2002 (Fuller 2002) zufolge erzielt jeder Dollar, der an Firmen in der Region Washington D.C. durch die Bundesverwaltung vergeben wird, eine Wertschöpfung von 1,80 US-Dollar für die Region. Des Weiteren stellte der Autor der Studie fest, dass die Wertschöpfung, die durch diese Ausgaben erzielt wird, einen Anteil von rund 21 Prozent des regionalen BIP ausmacht. Das öffentliche Beschaffungswesen der Bundesverwaltung stellt sicherlich die wichtigste treibende Kraft dar. Vor allem die Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie sind wichtige Bereiche, in denen sich eine wirtschaftliche Dynamik entwickelt hat. Allerdings muss man sagen, dass der Standort Washington D.C. keineswegs ein Produktions- oder Innovationsstandort ist. Vielmehr wenden Firmen in der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie, sogenannte ‚systems integrators‘, bereits existierende Produkte und Systeme an und optimieren diese für bundesstaatliche Zwecke; deshalb halten sich auch die Innovationseffekte in Grenzen.

Der wirtschaftliche Schwerpunkt in der Verteidigungsindustrie hat sich seit den tragischen Terroranschlägen im September 2001 um einen weiteren Aspekt – die Homeland Security-Industrie – erweitert. Das Auftragsvolumen der Bundesverwaltung für diesen Bereich hat sich seither stetig erhöht. Zwischen 2005 und 2010 erhöhte das Ministerium seine Ausgaben für Beschaffungen substantiell und gab rund 13,9 Milliarden US-Dollar pro Jahr aus. 44 Prozent dieser Ausgaben flossen an Firmen in der Washington D.C. Region. Rund um das Ministerium für Innere Sicherheit (Department of Homeland Security) hat sich ein Cluster mit spezialisierten Verteidigungsfirmen, Risikokapital Firmen, neu gegründeten Unternehmen und regionalen Universitäten angeordnet. Die Bedeutung von diesem Cluster ist so gross, dass unterschiedliche Gemeinden in der Washington D.C.-Region Strategien entworfen haben, um die Ansiedlung

dieser Industrien auf ihrem Gemeindegebiet zu fördern. Washington D.C. plant derzeit die Entwicklung eines Innovationscampus im Osten der Stadt, auf dem sogenannten Saint Elizabeths Areal. Dorthin wird das Ministerium für Innere Sicherheit in den kommenden Jahren umziehen und man erhofft sich die Entwicklung eines angrenzenden Innovationsparks ähnlich dem Vorbild Adlershof in Berlin. Da das Areal in einer benachteiligten Nachbarschaft gelegen ist, legt die Strategie viel Wert auf die Verbindung der Innovationsökonomie mit der nachbarschaftlichen Ökonomie und beinhaltet Aspekte wie ein Quartierzentrum und ein Ausbildungszentrum (Cowell et al.2012). Ein weiteres wichtiges Ziel ist die Unterstützung von Unternehmensgründungen damit der Trägheit der Washington D.C. Region bezüglich des Unternehmertums entgegen gewirkt wird.

Ottawa

Die Hauptstadt von Kanada hat eine intensive Wirtschaftsgeschichte, die durch starke Wachstumsphasen und Krisen in der Telekommunikations- und IT-Branche geprägt ist (Spigel 2011). Ottawas Wirtschaft hat sich über längere Zeit kaum entwickelt. 1920 wurde in Ottawa das staatliche Forschungsinstitut ‚National Research Council‘ gegründet, um Industrieforschung zu betreiben. Nach dem zweiten Weltkrieg entstanden neue Firmen, sogenannte Spin-Offs, im Telekommunikationssektor aus diesem Institut heraus. In diesem Umfeld entstand in den 1960er Jahren die bekannte Firma Nortel, die massgeblich dazu beigetragen hat, dass in Ottawa ein grosser Arbeitskräftepool in der Telekommunikationsbranche entstanden ist. Nortel etablierte sich als Ankerfirma in der Region. Zur Stärkung des Sektors und Förderung von Neugründungen hat die Stadt Ottawa in den 1980er Jahren die ‚Ottawa-Carleton Research Initiative‘ (OCRI) gestartet, die mittlerweile als Non-Profit organisiert ist. Die lokalen Universitäten starteten spezialisierte technische Ausbildungen, um die Nachfrage nach gut ausgebildeten Arbeitskräften befriedigen zu können. Es wurden jedoch nicht nur technische Fähigkeiten vermittelt, sondern es wurde auch besonderen Wert darauf gelegt, dass die Studierenden das Rüstzeug haben, um selbst Firmen zu gründen. So entstanden in der Region zahlreiche Spin-Offs in den Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT), die sich durch rasantes Wachstum auszeichneten. Nach dem Aufbau von erfolgreichen Spin-Offs wurden diese relativ schnell an grössere Firmen weiterverkauft.

Das Investitionskapital floss wiederum schnell in neu gegründete Firmen, die nicht selten von den gleichen GründerInnen aufgebaut wurden. Positive Beispiele haben dazu geführt, dass eine hohe gesellschaftliche

Toleranz für Neugründungen und selbst für das Scheitern eines Unternehmens in der Gesellschaft in Ottawa entstanden ist. Für Gründungsfirmen war es dadurch relativ einfach Risikokapital bei professionellen Investoren oder auch in informellen Netzwerken – wie Familie oder Freundeskreise – aufzutreiben. Zusammengefasst hatte die Region alle wichtigen Faktoren, um im ICT-Sektor zu wachsen: Ankerinstitutionen ausserhalb der Bundesverwaltung (Arbeitsmarkt), spezialisierte Bildungseinrichtungen (Know-How), risikoversierte Investoren und viele Arbeitskräfte, die bereits einmal bei einer Neugründung dabei waren (Erfahrung). Zudem stimmten auch die exogenen Bedingungen, da insbesondere in der Software-Industrie in den USA ein grosser Absatzmarkt vorhanden war.

Die Entwicklung der wissensbasierten Industrien in Ottawa verlief bis 2001 parallel zu der im Silicon Valley; Ottawa wurde daher oft als ‚Silicon Valley North‘ bezeichnet. Nach 2001 änderte sich die Entwicklung der Wirtschaft schlagartig. Als 2001 die Internetblase platzte, hatten in Ottawa 51'000 Personen einen Technologie-Job im privaten Sektor. Zwei Jahre später waren es nur noch 18'000.

Nicht nur kleine Firmen haben nach der Krise Probleme bekommen, sondern auch die wichtigste Ankerfirma Nortel konnte sich nicht mehr erholen und musste 2009 die Bilanz deponieren. Die Investoren mussten viel Kapital abschreiben und die ICT-Branche hat an Reputation verloren. Dies führte dazu, dass in der Region kaum mehr Risikokapital für Neugründungen gesammelt werden konnte und risikoorientierte Fachkräfte in andere Regionen weitergezogen sind. Zahlreiche gut ausgebildete Arbeitskräfte wollten nicht wegziehen, da sie beispielsweise eine Familie hatten, die sich in Ottawa sehr wohl fühlte. Die Krise führte deswegen dazu, dass sich viele ICT-Fachkräfte selbständig machten. Die grosse Nachfrage an ICT-Beratung durch die Regierung stützte die Branche in Ottawa massgeblich. Die Krise hat zu etlichen Neugründungen geführt, die sich fundamental von den Firmengründungen vor der Krise unterscheiden. Beratungsfirmen benötigen kaum Startkapital und erfordern daher massiv weniger Risikobereitschaft.

Die Nachfrage nach ICT-Dienstleistungen stammt vorwiegend von der Bundesverwaltung und ist relativ konstant. Die neuen Unternehmen weisen eine grössere Stabilität auf, haben aber fast kein Wachstumspotenzial, da sich die personengebunden Dienstleistungen schlecht für den Export eignen und kaum von wirtschaftlichen Vorteilen, die aus einer Vergrösserung des Marktes entstehen, profitiert werden kann. Von der folgenden Finanzkrise 2008 waren diese Firmen auch weniger stark betroffen als die wachstumsorientierten Softwareentwicklungsfirmen, wel-

che die sinkende Nachfrage in den USA direkt gespürt haben. Zusammengefasst hat sich die ICT-Branche vom Wachstumsmotor der Region Ottawa zu einem stabilen Standbein mit geringem Wachstumspotenzial in der Zukunft entwickelt.

Implikationen aus den Fallstudien und Möglichkeiten für die Hauptstadtregion Schweiz

Die Fallstudien verschiedener Hauptstadtregionen illustrieren die Art und Weise, wie Bundesinstitutionen zur Entwicklung von Wertschöpfungsketten oder Kompetenzfeldern beitragen können. Durch die Analyse lassen sich folgende Aussagen treffen:

- Bundesinstitutionen mit hohem Auftragsvolumen erzeugen signifikante Beschaffungseffekte, so das Verteidigungsministerium und das Ministerium für Innere Sicherheit in Washington D.C.
- In der öffentlichen Verwaltung, vor allem auf Bundesebene, spielt die Auslagerung von Aufgaben eine zunehmend wichtige Rolle. Deshalb werden vermehrt privatwirtschaftliche Experten beispielsweise aus verwaltungsnahen Dienstleistungsunternehmen zu wichtigen Auftragspartnern. Die räumliche Nähe zu Bundesinstitutionen kann für Firmen, die im Auftrag der Bundesverwaltung arbeiten, eine wichtige Rolle spielen, vor allem bei der Interaktion mit Auftraggebern wie die Verteidigungsindustrie in Washington D.C. rund um das entsprechende Ministerium. Deshalb sind KIBS-Firmen wichtige Akteure im Wertschöpfungssystem eines Politzentrums und eine vertiefte Analyse der Interaktionen kann interessante Hinweise auf die Strategien der Firmen geben (Bauer 2013).
- Ein Innovations- und Forschungs- und Entwicklungspotenzial ist oft bei den Bundesforschungseinrichtungen oder bei den (halb)privaten Bundesinstitutionen angesiedelt, so beim National Research Council in Ottawa, der Forschungseinrichtung des Verteidigungsministeriums in Washington DC oder dem T-Lab in Berlin, und weniger bei der Bundesverwaltung zu finden.
- Bundesinstitutionen, universitäre und ausseruniversitäre sowie bundesstaatliche Forschungseinrichtungen können Quellen für die Neugründung von Firmen sein und damit Innovationen auslösen.

- Neben der Anwesenheit privatwirtschaftlicher Akteure spielt auch die Nähe zu Universitäten und Forschungseinrichtungen eine wichtige Rolle in der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften wie das Fraunhofer Institut für Intelligente Analyse – und Informationssysteme in Bonn zeigt. Zunehmend wird auch die Vernetzung der Universitäten und Forschungseinrichtungen in grossen Verbünden und Forschungsprojekten wichtig. Hauptstadtregionen können von sogenannten Ankerinstitutionen wie bestimmte Bundesämter, Forschungseinrichtungen oder grosse Firmen profitieren, da diese zur Bildung eines spezialisierten Arbeitsmarktes beitragen.
- Einzelne (Bundes-) Akteure machen noch keine Wertschöpfungskette, kein Cluster oder keine Kompetenzfelder aus, sondern es braucht ein ‚Ökosystem‘ von sich ergänzenden Akteuren wie Ankerinstitutionen, Risikokapitalgebern oder Forschungseinrichtungen. Ein solches System kann Clustereffekte auslösen.
- Hauptstadtregionen haben spezifische Funktionen in Bereichen wie Regulierung, Standardsetzung oder in der Gestaltung von politischen Programmen und Strategien. Diese spezifischen Kompetenzen können dazu genutzt werden, um den Standort für bestimmte Branchen und Sektoren zu stärken.

Die Analyse zeigt, dass Politzentren wie die Hauptstadtregion Schweiz durchaus eine besondere Wirtschaftsstruktur haben. Die Hauptstadtregion Schweiz weist einige Merkmale auf, die sie von anderen Schweizer Metropolregionen unterscheidet. Unsere Studien zeigen, dass Bern als Dreh- und Angelpunkt der politischen Macht und Entscheidungsfindung in der Schweiz wahrgenommen wird. Die geographische Lage der Hauptstadtregion in der Mitte der Schweiz begünstigt die Funktion der Region als Brücke zu den unterschiedlichen Landesteilen. Die Mehrsprachigkeit der Region begünstigt die vermittelnde Rolle dieser Region nicht nur im politischen sondern auch im gesellschaftlichen Leben der Schweiz. Des Weiteren bietet die Stadt Bern einen attraktiven Standort für diverse Politeinrichtungen, Verbände und Lobby-Organisationen. Die Hauptstadtregion ist ausserdem Standort der ehemaligen Regiebetriebe Swisscom, SBB und Post. Diese Betriebe werden inzwischen privatwirtschaftlich geführt und müssen sich den nationalen und internationalen Marktkräften stellen. Sie investieren grosse Summen in die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen vor allem in Innovationsfeldern wie Telekommunikation, Logistik und Mobilität. Durch ihre

privatwirtschaftliche Ausrichtung ziehen die Betriebe Zulieferer, Kunden und Konkurrenten an, die sich oft in unmittelbarer Nähe zu ihren Standorten niederlassen. Der chinesische Telekommunikationsanbieter Huawei siedelte sich zum Beispiel im Liebefeld in unmittelbarer Nähe seines Kunden Swisscom an. Die Hauptstadtregion Schweiz kann also eine sogenannte *unique selling proposition* auf eine Reihe von Alleinstellungsmerkmalen aufbauen und sie hat das Potenzial, die Funktion als Politzentrum auch wirtschaftlich in Wert zu setzen.

Schlussbemerkung

Wie die Studien zeigen, entwickeln Hauptstädte ein spezifisches Wertschöpfungssystem. Die Analyse der Wertschöpfung der Hauptstadtregion Schweiz illustriert den wirtschaftlichen Nutzen der Funktion eines Politzentrums. Die Fallstudien anderer sekundärer Hauptstadtregionen illustrieren die Wirtschaftsstruktur und Entwicklungschancen dieser Politzentren. Aus den Analysen ergeben sich Schlussfolgerungen für die politische Praxis in der Hauptstadtregion Schweiz und für die wirtschaftsgeographische Forschung. Die Hauptstadtregion Schweiz ist ein junger Verein, der vor zahlreichen Herausforderungen steht. Im Zentrum der Bemühungen sollte die Zusammenarbeit innerhalb der gross gefassten Region stehen. Mit ihr steht und fällt das Projekt Hauptstadtregion. Für eine gut funktionierende Zusammenarbeit muss die Hauptstadtregion ihre Rolle klar definieren und diese zu den anderen Akteuren abgrenzen. Hier stellt sich die Frage, ob der Schwerpunkt der Aktivitäten in der Koordination oder in konkreten Projekten liegen soll.

Die zweite grosse Herausforderung für die Hauptstadtregion betrifft die thematische Ausrichtung. Die aktuelle Strategie legt einen Schwerpunkt auf das Politzentrum, um sich auf nationaler Ebene gegenüber den anderen Metropolitanräumen zu positionieren. Dies ist gelungen, indem die Hauptstadtregion Schweiz eine eigene Kategorie im neuen Raumkonzept erhalten hat. Diese thematische Ausrichtung birgt hingegen die Gefahr, dass sich die politischen Funktionen der Region stark auf die Agglomeration Bern beschränken. Eine thematische Ausweitung findet momentan statt und der Verein diskutiert, inwiefern wirtschaftspolitische Massnahmen auch andere Sektoren und Kompetenzen der Region umfassen sollen. Nur wenn alle Teilregionen sich an Projekten beteiligen, hat die Hauptstadtregion in dieser Grösse eine Überlebenschance. Eine Ausweitung der behandelten Themen macht auch strategisch Sinn, da die Ausrichtung auf die Politik zu einer grossen Abhängigkeit der Region

gegenüber dem Bund mit sich zieht. Im Schweizer Föderalismus, in welchem die Regionen in Konkurrenz zueinander stehen, ist dies höchst problematisch. Eine wirtschaftlich erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem Bund und der Hauptstadtregion weckt das Interesse der anderen Regionen an Bundesinstitutionen. Eine thematische Ausweitung ist für viele wirtschaftspolitische Themenbereiche denkbar, in denen Kooperation anstatt Konkurrenz Vorteile für alle beteiligten Akteure mit sich bringt. Denkbare Themenfelder wären das Gesundheits-, Verkehrs- und das Bildungswesen. Nicht zuletzt hängt eine erfolgreiche Partnerschaft auch von der Bereitschaft der einzelnen Teilräume für eine Zusammenarbeit ab.

Neben den Herausforderungen in der Praxis vor Ort in Bern, stellen sich vielfältige Fragen für die wirtschaftsgeographische Forschung. Eine grosse Forschungslücke besteht in der Analyse der wissensintensiven Dienstleistungsbetriebe. Hier stehen vor allem Fragen über die Zusammenarbeit zwischen Privatwirtschaft und Politik bzw. Verwaltung im Zentrum. Die Forschung hat sich bisher mit KIBS im Kontext grosser Städte befasst. Ein spezifischer Fokus auf Politzentren fehlte in diesem Ansatz. Des Weiteren besteht ein Forschungsbedarf zur Frage der Positionierung von Hauptstädten. Bisher konnten sich Hauptstädte auf ihrer Position als Politzentren recht bequem ausruhen. Mit zunehmendem Wettbewerb zwischen den Städten einer Nation aber auch international nimmt auch der Druck auf Hauptstädte zu, sich zu positionieren. Welche Strategien wenden insbesondere die sekundären Hauptstädte an, um sich auf nationaler und internationaler Ebene Gehör zu verschaffen und Investitionen anzuziehen? Diesen Fragen wird die Gruppe Wirtschaftsgeographie zusammen mit Professor Fritz Sager vom Kompetenzzentrum für Public Management an der Universität Bern im Rahmen eines Projektes, welches von 2013 bis 2016 vom Schweizer Nationalfonds finanziert wird, nachgehen.

Literaturverzeichnis

- Abbott, Carl, 1999: Political terrain: Washington D.C., from Tidewater town to global metropolis. The University of North Carolina, Chapel Hill.
- Bauer, Fabian, 2013: Verwaltungsnahe Dienstleistungsbetriebe in der Schweiz: Die Bedeutung von Nähe bei der Standortwahl und den Akquisitionsstrategien. Masterarbeit. Universität Bern.
- Boschma, Ron, 2005: Proximity and Innovation: A Critical Assessment. *Regional Studies*, 39(1):61–74. doi:10.1080/0034340052000320887.
- Bundesamt für Raumentwicklung, 2012: Raumkonzept Schweiz. <http://www.are.admin.ch/themen/raumplanung/00228/00274/index.html?lang=de> [30.11.2012].
- Bundesstadt Bonn, 2012: Zukunft Bonn: Überlegungen zur Entwicklung der Bundesstadt Bonn. Wirtschaftsförderung der Stadt Bonn, Bonn.
- Lepetit, Bernhard; Clark, Peter (eds.), 1996: Capital cities and their hinterlands in early modern Europe. Scholar Press, Aldershot/ Ashgate Publishing, Brookfield, Vt.
- Cochrane, Allan, 2006: Making up meanings of a capital city: Power, memory and monuments in Berlin. *European Urban and Regional Studies*, 13(1):5–24.
- Cowell, Margret/ Gabriel, Chris/ Khan, Shakina/ Mayer, Heike/ O'Brien, Patrick, 2012: DC Innovation Strategy for Saint Elizabeths: Final Report. District of Columbia, Office of Planning, Washington D.C.
- Cowell, Margret/ Mayer, Heike, 2014: Anchor institutions and disenfranchised communities: Lessons from DHS and St. Elizabeths. In: Paterson, Kelly L./ Silverman, Robert Mark (ed.): Schools and urban revitalization: Rethinking institutions and community development. Routledge, New York/ London:86–107.

- Fuller, Stephen, 2002: The impact of federal procurement on the National Capital Region.
<http://www.ncpc.gov/DocumentDepot/Publications/FedProcurementSummary.pdf> [18.07.2011].
- Gerhard, Ulrike, 2007: Global City Washington, D.C. Eine politische Stadtgeographie. transcript - Verlag für Kommunikation, Kultur und soziale Praxis, Bielefeld.
- Gordon, David, 2006: Planning twentieth century capital cities (p. xvi, 302 p.). Routledge. London/ New York.
<http://www.loc.gov/catdir/toc/ecip0411/2003024571.html>.
- Greater Washington Initiative, 2010: Greater Washington: 2010 Regional Report.
http://www.greaterwashington.org/Portals/1/PDFs/GWI_RR10_final.pdf [15.07.2011].
- Hall, Peter, 2006: Seven Types of Capital City. In: Gordon, David (ed.): Planning Twentieth Century Capital Cities. Routledge, New York:8-14.
- Hall, Peter/ Markusen, Anne, 1992: The Pentagon and the Gunbelt. In: Kirby, Andrew (ed.): The Pentagon and the Cities. Sage Publications, Newbury Park:53-76.
- Holenstein, André, 2013: Das Bundeshaus als Nationaldenkmal der Bundesstadt Bern. In: Mayer, Heike/ Sager, Fritz/ Minta, Anna/ Zwahlen, Sara Margarita (Hrsg.): Im Herzen der Macht? Hauptstädte und ihre Funktion. Haupt Verlag, Bern: 35–76.
- Mayer, Heike, 2013: Was produzieren Hauptstädte? Zur ökonomischen Rolle und Funktion von Hauptstädten. In: Mayer, Heike/ Sager, Fritz/ Minta, Anna/ Zwahlen, Sara Margarita (Hrsg.): Im Herzen der Macht? Hauptstädte und ihre Funktion. Haupt Verlag, Bern:125–150.
- Mayer, Heike/ Bauer, Fabian, 2012: Hauptstadtregion Schweiz: Eine qualitative Analyse des Wertschöpfungssystems eines Politzentrums. Universität Bern, Bern.
- Mayer, Heike/ Haisch, Tina, 2012: Capital Cities: Eine Fallstudienanalyse von sechs Hauptstädten. Universität Bern, Bern.

- Mayer, Heike/ Schnyder, Marc, 2012: Hauptstadtregion Schweiz: Eine Analyse des Wertschöpfungssystems eines Politzentrums. Universität Bern, Bern/ Fachhochschule Westschweiz/Wallis, Siders.
- Muller, Emmanuel/ Zenker, Andrea, 2001: Business services as actors of knowledge transformation: The role of KIBS in regional and national innovation systems. *Research Policy*, 30(9):1501–1516.
doi:10.1016/S0048-7333(01)00164-0
- Reuter, Andreas, 2001: KIBS-Firmen: Brückenorganisationen im schweizerischen Innovationssystem? Eine Untersuchung zur Bedeutung von wissensbasierten und unternehmensorientierten Dienstleistern für die Innovationsprozesse ihrer Kunden. In: CEST 2001/5.
- Sassen, Saskia, 1991: *The global city: New York, London, Tokyo*. Princeton University Press, Princeton.
- Simmie, James/ Strambach, Simone, 2006: The contribution of KIBS to innovation in cities: An evolutionary and institutional perspective. *Journal of Knowledge Management*, 10(5):26–40.
doi:10.1108/13673270610691-152
- Schnyder, Marc/ Doctor, Marut/ Vogel, Mechthild, 2011: Hauptstadtregion Schweiz: Eine Analyse des Wertschöpfungssystems eines Politzentrums. Work Package 2: Regionalwirtschaftliche Bedeutung & Wertschöpfung der Hauptstadtregion Schweiz in zwei ausgewählten Teilregionen. Fachhochschule Westschweiz/Wallis, Siders.
- Sonne, Wolfgang, 2003: *Representing the state: Capital city planning in the early twentieth century*. Prestel Publishing, München/ New York.
- Spigel, Ben, 2011: A Series of Unfortunate Events: The Growth, Decline, and Rebirth of Ottawa's Entrepreneurial Institutions. In: Libecap, Gary/ Hoskinson, Sherry (eds.): *Advances in the Study of Entrepreneurship, Innovation & Economic Growth*. Emerald Books, Bingley U.K.
- Steiner, Jürg, 2009: Paul Messerli: „Es wäre besser, Bern würde die Hausaufgaben machen“.
<http://www.bernerzeitung.ch/region/dossier/kanton-bern-im-kriechgang/Paul-Messerli-Es-waere-besser-Bern-wuerde-die-Hausaufgaben-machen/story/28667252> [20.03.2013]

Taylor, Peter, 2003: World city network - a global urban analysis. Routledge, London.

von Bergen, Stefan/ Steiner, Jürg, 2012: Wieviel Bern braucht die Schweiz? Stämpfli Verlag, Bern.

Wegweiser GmbH Berlin Research & Strategy/ Technische Universität Berlin/ Orrick Hölters & Elsing, 2010: „Einkäufer Staat“ als Innovationstreiber. Entwicklungspotenziale und Handlungsnotwendigkeiten für eine innovativere Beschaffung im öffentlichen Auftragswesen Deutschlands. Abschlussbericht. Berlin.